

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Bezirksregierung Düsseldorf
-Dezernat 51-
Postfach 30 08 65
40408 Düsseldorf

Betrifft: Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Bezug: Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Förderrichtlinien Naturschutz –FöNa-), RdErl. des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 16.03.2001 (MBI. NRW. S. 546/SMBl. NRW. 791)

| 1. Antragstellerin/Antragsteller | |
|----------------------------------|---|
| Name / Bezeichnung | |
| Anschrift | Straße / PLZ / Ort / Kreis |
| Auskunft erteilt | Name / Tel. (Durchwahl) / e-mail |
| Gemeindekennziffer | |
| Bankverbindung | Konto-Nr. Bankleitzahl |
| | Bezeichnung des Kreditinstituts |
| Landesplanerische Kennzeichnung | |

| 2. Maßnahme | |
|-----------------------|------------------------------------|
| Bezeichnung | Titel |
| | Ort |
| | Fördergegenstand gemäß FöNa Ziffer |
| Durchführungszeitraum | von / bis |

| 3. Finanzierungsplan | | | |
|---|---|------|-------------------|
| | Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) | | |
| | 20.. | 20.. | 20.. und folg. |
| | in € | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| 3.1 Gesamtkosten | | | |
| 3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben | | | |
| 3.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung) | ./. | ./. | ./. |
| 3.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben | = | = | = |
| 3.5 Beantragte Zuwendung (Nr. 4) | | | |
| 3.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch | | | |
| 3.7 Eigenanteil | | | |

| 4. Beantragte Förderung | | | | |
|-------------------------|-------------|------------|-----------------------------|---------------------|
| Zuwendungsbereich | Zuweisung/€ | Darlehen/€ | Schulden- diensthilfen/€ | v.H. von Nr. 3.4 |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| | | | | |
| | | | | |
| Summe | | | | |

5. Begründung

5.1 zur Notwendigkeit der Maßnahme

(u.a.: Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenberichts in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

5.2 zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung

(u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

6. Finanz- u. Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit der Folgekosten für die Antragstellerin/den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers, usw.)

7. Erklärungen

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass

7.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,

7.2 sie/er zum Vorsteuerabzug

- nicht berechtigt ist,
- berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.2) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

7.3 die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

8. Anlagen

- Vollständige Entwurfszeichnungen sowie Auszug aus
- Kreiskarte/ Stadtplan
- Flurkarte und
- Lageplan
- Erläuterungsbericht mit genauer Beschreibung der Maßnahme(n) und Ausführungsart
- Bericht über den Stand der erforderlichen Genehmigungen (ggf. einschließlich Beteiligung des Beirates), die - soweit bereits vorhanden – beizufügen sind
- Kostenberechnung, ggf. gegliedert nach DIN 276 bzw. analog
- Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens
- Bauzeitenplan

Bei Maßnahme(n) nach Nr. 2.2.1 FöNa (Entwürfe für Landschaftspläne):

- Auflistung über Art und Umfang der Planungsarbeiten (Leistungsbeschreibung und eine Karte mit der Abgrenzung des Plangebietes)

Bei Maßnahme(n) nach Nr. 2.2.1.2 FöNa (Durchführungsplan zur Verwirklichung eines LP):

- Durchführungsplan

Bei Maßnahme(n) nach Nr. 2.2.2 FöNa (Maßnahmen außerhalb LP)

- mit der unteren Landschaftsbehörde abgestimmte Planung

Bei der Inanspruchnahme von Grundstücken Dritter:

- schriftliche Gestattungsverträge o.ä.

Bei Anträgen kreisangehöriger Gemeinden:

- Stellungnahme der kommunalen Finanzaufsicht
- ggf. weitere Unterlagen

Anmerkungen:

Welche Anlagen beizufügen sind, ergibt sich aus dem konkreten Gegenstand des jeweiligen Antrages.

Bei Maßnahmen nach Nr. 5.2.3 a) und 5.2.4 FöNa (Pauschalen) sind Unterlagen nicht erforderlich.

.....
Ort / Datum

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(.....)
(Name, Funktion)